

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

4.11.1931 (No. 257)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bismarckstr.
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 8515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. E. N. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencolli gilt und bewiesen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontaktsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutsch-französischen Verhandlungen

Reparationen und kurzfristige Schulden

Der deutsche Vorkaufmann in Paris, von Hoersch, der am Montag aus Berlin zurückgekehrt war, hatte am Dienstag eine zweistündige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval. In einem von französischer Seite ausgegebenen Communiqué heißt es, daß Laval dem deutschen Vorkaufmann Aufschluß gegeben habe über seine Besprechungen mit Präsident Hoover, die die Abklärung der gegenwärtig auf Grund des Hoover-Vorschlags vom Juni laufenden Moratoriums durch das normale Young-Plan-Regime zum Gegenstand gehabt hätten. Die Aussprache galt, wie von deutscher Seite dazu mitgeteilt wird, den Washingtoner Vereinbarungen, die darauf hinausliefen, die Möglichkeiten des Young-Planes zu erschöpfen, bevor weitergehende Beschlüsse gefaßt würden.

Eine Habas-Aussprache besagt: Man hat Grund zu der Annahme, daß binnen Wochen der beratende Sonderausschuß regelrecht einberufen und sich noch vor Jahresende über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands äußern wird. Die an den Reparationszahlungen hauptsächlich interessierten Regierungen werden alsdann im Verlauf einer internationalen Konferenz mit der deutschen Regierung eine Regelung zu treffen haben. Ihre Bestreben wird dahin gehen, eine Regelung noch vor dem Februar 1932 zu erzielen, damit, wenn möglich, gleichzeitig auch die Frage der namentlich von den Vereinigten Staaten und England Deutschland bewilligten kurzfristigen Kredite geregelt werden kann. Die jetzige deutsch-französische Aussprache wird also der Ausgangspunkt einer Periode großer diplomatischer Aktivität in Europa sein.

Vorrang der Reparationen?

W.D. Paris, 4. Nov. (Tel.). „Echo de Paris“ erklärt, anscheinend stehe für Deutschland die Lage der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland und ein in Vorbereitung befindlicher deutscher Plan, der nach deutscher Ansicht die Zustimmung der ausländischen Banken finden dürfte, im Vordergrund der Betrachtung. Das heiße also, zunächst das Problem der privaten Interessen anzuschneiden. Die französischerseits gewünschte Vorgangsweise dagegen stelle die Reparationen in den Vordergrund. Die französische Regierung stehe mit Recht auf dem Standpunkt, daß sie sich nach der öffentlichen Meinung in Frankreich richten müsse. Daher wolle sie sich nur innerhalb des rechtlichen Rahmens des Young-Planes halten. Man rate demgemäß Deutschland, sich zunächst einmal der französischen Ansicht anzuschließen, daß die privaten Interessen vor den Interessen der Gläubigerstaaten zurücktreten müßten.

„Matin“ erklärt: Obwohl die Pressemitteilungen die Frage der kurzfristigen Kredite mit Stillschweigen übergehen, scheine es recht unwahrscheinlich, daß Vorkaufmann von Hoersch in dieser Hinsicht nicht ein dringliches Ersuchen vorgebracht habe. Aber es sei möglich, daß dieser Schritt, wenn er überhaupt unternommen worden sei, an die falsche Adresse gerichtet worden sei. Die Nichterfüllung der amerikanischen und englischen Banken, die mit dem Feuer spielen, als sie Deutschland immer wieder Geld liehen, an erster Stelle darüber entscheiden, ob sie im Februar ihre Kredite erneuern wollten?

Die amerikanische These

In New Yorker Bankkreisen ist man der Ansicht, die privaten, insbesondere die kurzfristigen deutschen Kredite müßten den Vorrang haben vor den Reparationen. Man ist deshalb gegen eine Verteilung der in einem Tilgungsplan für die Privat-schulden vorgesehenen Annuitäten auf allzu viele Jahre. Falls Deutschland diesen Standpunkt gleichfalls energig geltend machen würde, wäre auf die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit zu rechnen. Der deutsche Plan, die Tilgung der Stillhaltecredite über einen Zeitraum von 10 Jahren hinzuziehen, stößt in New York jedoch auf Kritik.

Die deutsch-französische Wirtschaftskommission

Unter dem Vorsitz des Reichszanklers fand am Dienstag in Berlin die erste Sitzung der deutschen Mitglieder und Sachverständigen der deutsch-französischen Wirtschaftskommission statt, wobei u. a. der Kanzler den Zweck der Kommission hervorhob, deren Aufgabekreis sich auf wirtschaftliche Fragen beschränke.

Die Sachverständigen könnten alle wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen, die ihnen geeignet erschienen, um die Zusammenarbeit und das Verständnis zwischen den beiden Nationen zu fördern. Dabei sei zu betonen, daß die Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sich gegen kein drittes Land richteten. Die Sachverständigen dürften die ihnen obliegende Tätigkeit nicht als eine vorübergehende betrachten, sondern sollten ihre Aufgabe in einer ständigen gegenseitigen Fühlungnahme dararbeiten. — Der Reichszankler gab sodann bekannt, daß die Kommission entsprechend der zwischen den beiden Regierungen vereinbarten Arbeitsteilung in vier Unterkommissionen gegliedert worden ist.

Das deutsch-französische Wirtschaftskomitee wird seine erste gemeinsame Sitzung am 13. und 14. November, also Ende der nächsten Woche, in Paris abhalten. Aus Sparmaßregeln werden von deutscher Seite nicht alle Mitglieder an dieser Sitzung teilnehmen; es werden vielmehr nur die höheren Beamten und die Vorsitzenden der verschiedenen Ausschüsse nach Paris fahren. Diese Ausschüsse sind am Dienstag konstituiert worden.

Letzte Nachrichten

Schuldentilgung und Reparationen

Der deutsch-französische Gegensatz

W.D. Berlin, 4. Nov. (Priv.-Tel.). Das Reichskabinett ist heute vormittag zur Beratung der Schuldentilgung und reparationspolitischen Fragen zusammengetreten. In politischen Kreisen nimmt man an, daß ihm nun bestimmte Vorschläge des Stillhalteausschusses im Wirtschaftsbeirat vorliegen und die Unterlagen für einen Tilgungsplan für kurzfristige Kredite entworfen werden sollen. Außerdem hat es sich nicht den Bericht des deutschen Vorkaufmanns in Paris über seine gestrige Unterredung mit Laval und Standin in Händen. Was in Berlin über diese Besprechungen bisher bekannt geworden ist, stammt aus den französischen Blättern, die von der Unterhaltung ein völlig einseitiges Bild geben.

Danach hätte sich nunmehr vor allem der tatsächliche Gegensatz der deutschen und der französischen Auffassungen klar herauskristallisiert. Er läßt sich wohl am kürzesten auf die Formel bringen, daß Laval zunächst die reparationspolitische Seite des ganzen Problems behandelt sehen will, damit der Youngplan mit dem Ablauf des Jahres wieder in Funktion tritt. Dabei sind die Franzosen offenbar durchaus bereit, mindestens vorübergehend einige Nachlässe zu gewähren. Das Wesentliche ist aber, daß sie den Youngplan wieder in Gang bringen wollen, der seine Unmöglichkeit nicht nur nach unserem, sondern nach dem Urteil der besten Sachverständigen der ganzen Welt erwiesen hat. Die private Verschuldung Deutschlands hat eine Situation geschaffen, die zunächst eine Vereinigung verlangt, ehe man die Möglichkeiten der Reparationszahlungen übersehen kann. Man ist der Ansicht, daß die Reichsregierung zunächst die privaten Schulden konsolidieren will, damit sie an das große Reparationsproblem herangehen kann. Das widerspricht dem, was die französische Regierung will. Sie nimmt für die Reparationen die unbedingte Priorität in Anspruch. Die Reichsregierung wird nun zu dieser Situation Stellung nehmen müssen. Das ist die Aufgabe der Kabinettsbesprechungen, die heute vormittag begonnen haben.

Von anderer Seite wird gemeldet:

M. Berlin, 4. Nov. (Priv.-Tel.). Der Bericht des deutschen Vorkaufmanns v. Hoersch über seine Unterredung mit Laval ist erst heute vormittag in Berlin eingetroffen und nach Überprüfung bereits zum Gegenstand von Beratungen der zuständigen Stellen gemacht worden. Soweit man die Mitteilungen übersehen kann, liegt der Ton nicht auf der unbedingten Rückkehr zum Youngplan, sondern auf der Begründung mit der von deutscher Seite stark betonten Frage der kurzfristigen Kredite. Das geht auch aus dem zweiten Communiqué hervor, in dem betont wird, daß Amerika und England diese Frage außer Acht lassen wollen. Wenn Frankreich den Sonderausschuß des Youngplans einberufen will, so wird die Auslegung der §§ 119 bis 125 über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und deren Nachprüfung von besonderer Bedeutung sein.

Ergänzungswahlen in Amerika

Demokratisches Abergewicht im Repräsentantenhaus

W.D. New York, 4. Nov. In fünf Bezirken haben Ergänzungswahlen für das Repräsentantenhaus stattgefunden. Nach den letzten Meldungen scheint fast sicher, daß die Demokraten drei der fünf sich ergebenden Sitze erhalten haben. Bemerkenswert ist, daß alle fünf Gewählten ausgesprochene Gegner der Prohibitionsbewegung sind. Die Wähler bezeichnen es als einen bedeutungsvollen Sieg der Demokraten, daß der herkömmliche republikanische Wahlkreis in Michigan den Republikanern verloren gegangen ist.

Die Demokraten haben bis jetzt insgesamt 217 Sitze gegenüber 215 der Republikaner. Seit 13 Jahren werden also die Posten des Präsidenten des Repräsentantenhauses und der Ausschusspräsidenten jetzt zum ersten Male wieder von Mitgliedern der Demokratischen Partei besetzt.

Das Ergebnis der Gemeindevahlen in England

W.D. London, 3. Nov. (Tel.). Das Ergebnis der englischen Gemeindevahlen in den Landkreisen (ohne London, das Ergebnis wurde bereits gestern gemeldet) liegt nunmehr vor. Danach wurden 1035 Konservative gewählt, 257 Arbeiterpartei, 58 Liberale und 15 Unabhängige. Der reine Stimmengewinn beträgt bei den Konservativen 187, bei den Liberalen 12 und bei den Unabhängigen 11 Sitze. Die Arbeiterpartei verlor 210 Sitze und gewann keinen einzigen. Die Gemeindevahlen zeigen denselben Stimmungsumschwung wieder, der bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck kam. Zahlreiche Stadtverwaltungen gingen in konservative Hände über, und zwar auch solche von Industriestädten.

Die Verhandlungen des Stillhalteausschusses im Wirtschaftsbeirat wurden Dienstagabend in Berlin fortgesetzt. Die Sitzung hatte den Zweck, das statistische Material entgegenzunehmen, das die zuständigen Stellen über die Fristen und die Verteilung der kurzfristigen Schulden auf die einzelnen deutschen Länder, Wirtschaftszweige und Banken zusammengetragen haben. Erst nach Überprüfung dieses Materials kann der Ausschluß der Reichsregierung Vorschläge über einen Tilgungsplan machen.

Aufhebung der Goldwährung?

Von Professor Dr. Gustav Cassel

Professor Gustav Cassel-Stockholm, gilt als einer der bedeutendsten Nationalökonomien der Welt. Als Kapazität des Geld- und Zinswesens ist Cassel durch seine energische Stellungnahme gegen die Reparationen, gegen den Dawes- und Youngplan herorgetreten. Die bedeutendsten Ansichten dieses schwedischen Wirtschaftlers finden ihren Widerhall in der ganzen Welt. Der hier abgedruckte Aufsatz findet sich in der Zeitschrift „Neclams Universum“, Heft 5. Red.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist wohl die heftigste und verheerendste, die die Welt je erlebt hat. Für manche Leute erscheint die Krise als eine Krise unserer ganzen Wirtschaftsordnung, und man wähnt, daß diese Krise der Ausgangspunkt zu einer vollständigen Neugestaltung der bestehenden Wirtschaftsverfassung werden muß. Solche Vorstellungen sind von revolutionären Bestrebungen bilden in vielen Ländern ein sehr beunruhigendes Moment, und sind nur geeignet, die Wirtschaftskrise noch weiter zu verschärfen.

Eine nähere Analyse der Krise macht es jedoch klar, daß sie wesentlich eine Krise des internationalen Geldwesens ist. Dieses Geldwesen ist auf der gemeinsamen Grundlage der Goldwährung aufgebaut. Die Krise ist eine Folge einer außerordentlichen Nachfrage nach Gold, die den Wert des Goldes plötzlich ganz enorm gesteigert hat. Dies ist gleichbedeutend mit einer gewaltigen Verabpreisung der Warenpreise, die selbstverständlich nicht nur große Verluste, sondern auch eine umfassende Lahmlegung der wirtschaftlichen Tätigkeit mit sich führen muß.

Wenn dies der allgemeine Zusammenhang ist, so muß eine Klärung der gegenwärtigen Lage von einer Analyse des Wesens der Goldwährung ausgehen. In einer modernen Goldwährung bilden die Noten der Zentralbank das allgemein gebrauchte gesetzliche Zahlungsmittel. Diese Papierwährung unterscheidet sich von einer gewöhnlichen Papierwährung nur dadurch, daß dieselbe annähernd in einer vom Gesetz bestimmten Goldparität aufrechterhalten wird.

Wie ist nun dies möglich? Mit welchen Mitteln vermag die Zentralbank die Gleichwertigkeit ihrer Noten mit Gold zu verbürgen? Die Zentralbank beschränkt die Zahlungsmittelversorgung des Landes so weit, daß die Baluta eine bestimmte Kaufkraft gegenüber Waren und Dienstleistungen bewahrt, wodurch das allgemeine Preisniveau des Landes eine gewisse Stabilität bekommt. In dieser Weise gelingt es der Zentralbank, ihren Zahlungsmitteln eine Kaufkraft zu sichern, die derjenigen des Goldes entspricht. Wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, besitzt die nationale Baluta eine bestimmte Goldparität.

Um die Baluta stets in Gold nach der gesetzlichen Parität umzuwechseln zu können, hält die Zentralbank eine gewisse Goldreserve, die sie stets imstande setzt, ihre Noten bei Anforderung in Gold einzulösen. Es ist sehr wichtig, sich klarzumachen, daß dies der eigentliche und alleinige Zweck der Goldreserve ist. Die weitverbreitete Vorstellung, daß eine Goldreserve der nationalen Baluta einen Wert gibt, den sie nicht schon auf Grund der Knappheit der inneren Zahlungsmittelversorgung besäße, ist falsch und verursacht eine Menge von Mißverständnissen. Der Wert der Banknoten beruht wesentlich auf der Knappheit der Notenzirkulation und keineswegs auf der sogenannten „Deckung“, die „hinter den Noten liegt“. Eine Zentralbank gibt ihre Noten als Vorschüsse an das Publikum aus, und diese Vorschüsse bilden die natürliche Deckung der Noten. Eine andere „Deckung“ braucht gar nicht vorhanden zu sein. Die nötige Goldreserve soll gar nicht als „Deckung“ aufgefaßt werden, sondern, wie gesagt, lediglich als eine Reserve zur Befriedigung eventueller Goldansprüche.

Nach der vollständigen Zerstörung des Geldwesens der Welt, die infolge des Krieges eintrat, war die Wiederherstellung der internationalen Goldwährung die erste Voraussetzung für ein Aufblühen der Weltwirtschaft. England kehrte 1925 zur Goldwährung zurück, und es gelang nachher allmählich das alte Goldwährungssystem wieder aufzubauen. Während einiger Jahre genöß die Welt die Vorteile dieses Systems, und trotz aller politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zeigte die Weltwirtschaft in diesen Jahren das Bild eines erfreulichen Fortschritts.

Der Rückgang zur Goldwährung war aber mit einer gewissen Gefahr verbunden. Es war schon damals klar, daß die Goldversorgung der Welt nicht hinreichen würde, um die Goldansprüche zu erfüllen, wenn die Weltwirtschaft wieder ihre alte Fortschrittsgeschwindigkeit aufnahm. Eine steigende Goldknappheit mit daraus folgender ständiger Herabsetzung des allgemeinen Warenpreisniveaus konnte nur vermieden werden durch eine systematische Beschränkung der Nachfrage nach Gold. Eine systematische Goldsparpolitik, wie ich sie schon 1920 empfahl, hatte die Goldnachfrage in diesen beiden Formen zu beschränken. Zuerst gelang dies mit Bezug auf die Goldzirkulation. Der Gebrauch von zirkulierenden Goldmünzen wurde überall aufgegeben.

Das andere Mittel zur Beschränkung der Goldnachfrage bestand in einer Kooperation der Zentralbanken zwecks einer Herabsetzung ihrer Ansprüche auf Goldreserven.

Als aber Frankreich nach der Wiederherstellung der Goldwährung Mitte 1928 begann, Gold in großem Umfang an sich zu ziehen, gleichzeitig wie die Vereinigten Staaten ihren Goldvorrat stark vermehren, konnte ein aufmerksamer Beobachter darin eine Tendenz sehen, die für das internationale Goldwährungssystem leicht gefährlich werden konnte. Die Wirkungen dieser Goldanhäufung, die später in steigendem Maße fortgesetzt worden ist, können nunmehr mit großer Deutlichkeit überblickt werden. In drei Jahren, also bis Mitte 1931, haben die genannten Länder beinahe zwei Milliarden Dollars in Gold an sich gezogen. Zum Teil ist dieses Gold den Goldreserven anderer Länder entnommen, die dadurch nicht weniger als 643 Millionen Dollars in Gold verloren haben, was reichlich 15 Proz. ihrer Goldvorräte am Anfang der Periode entspricht. Da diese Länder normal eine Steigerung ihrer Goldvorräte um 3 Proz. jährlich, also in drei Jahren um 9 Proz., brauchen, so findet man, daß die Entwicklung für sie zu einem Defizit in ihrem normalen Goldvorrat von ungefähr einem Viertel geführt hat. Dieses Defizit sollte natürlich eine entsprechende Senkung des allgemeinen Preisniveaus bewirken. Dies ist auch der Fall. Das Preisniveau ist seit Mitte 1928 etwa um 25 bis 30 Proz. gesunken.

Die französisch-amerikanische Goldanammlung wurde schon früh einer eingehenden Kritik unterworfen, und letzten Sommer mußte es allen Menschen schon klar gewesen sein, daß eine fortgesetzte Goldanhäufung in diesem Umfang die Weltwirtschaft den schwersten Erschütterungen aussetzen würde. Die Vereinigten Staaten und Frankreich haben trotzdem in den letzten 12 Monaten ihre Goldanhäufung in noch größerer Skala getrieben. Sie haben in dieser Zeit je ungefähr eine halbe Milliarde Dollars an sich gezogen, und die Vereinigten Staaten haben jetzt ihren Goldvorrat auf die unerhörte Ziffer von 5 Milliarden Dollars gesteigert. Die Wirkungen sind nicht ausgeblieben. Das Preisniveau ist heftig gesunken, sogar in etwas stärkerem Tempo als die Goldknappheit veranlaßt haben würde, was ja ganz natürlich ist in Betracht des Misstrauens, das eine so gewaltige Preisumwälzung schaffen mußte.

Die Goldanammlung in Frankreich und den Vereinigten Staaten wäre nicht so verhängnisvoll gewesen, wenn diese Länder mit dem ihnen zugeflossenen Gold etwas angefangen hätten. Wären diese Goldmengen zu einer Erweiterung der Zahlungsmittelversorgung und zu einer Verstärkung der inneren Kaufkraft benutzt worden, so wäre es möglich gewesen, das allgemeine Warenpreisniveau in diesen Ländern aufrechtzuerhalten. Es wäre dann auch leichter gewesen, die Tendenz zu einem Preisfall in der übrigen Welt zu bekämpfen, und wir hätten uns die verheerende Weltwirtschaftskrise ersparen können.

Die Gläubiger der Welt haben aber aus lauter Misstrauen fortgesetzt ihre Forderungen möglichst einzuziehen und in kurzfristige Anlagen, am liebsten in Bankguthaben, umzuwandeln. Letzten Endes bedeutet das, daß man sein Vermögen in Gold anzulegen bestrebt ist. Das kann sich zwar der einzelne erlauben, wenn aber ein solches Bestreben allgemein wird, steigert es die Goldnachfrage in einer unerträglichen Weise. Der gesamte Goldvorrat der Welt macht nicht mehr als einen winzigen Bruchteil des Weltvermögens aus. Ein allgemeines Bestreben, Vermögen gegen Gold auszutauschen, kann deshalb nur den Wert des Goldes gewaltig erhöhen, was in einer entsprechenden Herabsetzung des allgemeinen Warenpreisniveaus zum Ausdruck kommt.

Die Lage der Reichspost im zweiten Vierteljahr. Nach dem Bericht der Reichspost über das zweite Viertel ihres Rechnungsjahres ist der Verkehr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in fast allen Dienstzweigen zurückgegangen, besonders stark im Paket- und Telegrammverkehr. Der Staffelnabschluß zeigt 487 Millionen Reichsmark Einnahmen und 496 Millionen Ausgaben.

Das Untersuchungsverfahren im Falle Nordwolle. Im Untersuchungsverfahren gegen die Nordwolle-Generaldirektoren Gebrüder Labufen, ist, wie aus Bremen gemeldet wird, die Untersuchung auch auf Steuerbetrug und Fälschung von Urkunden ausgedehnt worden. Der Abschluß der Untersuchung ist nicht vor Jahresende zu erwarten. Ein neuerlicher Haftentlassungsantrag ist wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe abgelehnt worden.

Ein französisches Militärflugzeug ist am Dienstag nach Überfliegen mehrerer Ortschaften der Südpfalz bei Landau gelandet. Der Insasse, ein Offizier, wurde vorläufig festgenommen. Er gab an, sich verlegen zu haben.

Neuer litauischer Gesandter in Berlin. Der litauische Staatspräsident hat den bisherigen Gesandten beim Vatikan, Dr. Schaulis, zum Gesandten bei der deutschen Regierung ernannt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Für 250 Millionen neue Aufträge

BRN, Berlin, 4. Okt. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, haben in der letzten Woche zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Reichsbahn Besprechungen stattgefunden, die auf ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn hingen. Man ist dabei übereingekommen, daß die Reichsbahn zusätzlich noch für etwa 250 Millionen Reichsmark Aufträge erteilt.

Formell bedarf dieser Entschluß zwar noch der Genehmigung des Verwaltungsrats der Reichsbahn; es ist aber wohl nicht daran zu zweifeln, daß er seine Zustimmung erteilen wird. Etwa 80 Millionen des Auftrags sollen bereits für diesen Monat angefertigt werden, die wohl in der Hauptsache für Oberbauarbeiten Verwendung finden werden. Augenblicklich finden bei der Leitung der Reichsbahn noch Beratungen über die Verteilung der Aufträge statt, die möglichst verschiedenen Industrien zugute kommen und auf die Industriegebiete der einzelnen deutschen Länder verteilt werden sollen.

Der Zweck dieses zusätzlichen Programms liegt natürlich darin, gerade jetzt, da mit dem stärkeren Einsetzen des Winters ohnehin mit einer stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, den in Frage kommenden Wirtschaftszweigen zu helfen, ihre Betriebe über Wasser zu halten und möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Deshalb sollen die Maßnahmen über die Vergabe der Aufträge auch möglichst beschleunigt werden. Es ist damit zu rechnen, daß sie bereits in den allerersten Tagen zum Abschluß kommen. Diese Anstrengungen der Reichsbahn für eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung sind um so höher anzuerkennen, als die Reichsbahn ohnehin jährlich für etwa 900 Millionen Reichsmark Aufträge herauszugeben muß.

Neue Verhandlungen mit der Schweiz

Der schweizerische Bundesrat befaßte sich am Dienstag mit der Frage der Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Nachdem Deutschland in die Verkürzung der Rindfleischzeit von drei auf zwei Monate eingewilligt hat, wurde einstweilen von einer Rindfleisch-Abstand genommen und das Volkswirtschafts-Departement beauftragt, neue Verhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen. Diese Verhandlungen sollen noch im Laufe des November aufgenommen werden.

M. Berlin, 4. Nov. (Priv.-Tel.) Ministerialdirektor Dr. Boffe, der deutsche Vertreter bei den Verhandlungen mit der Schweiz, ist nach Berlin zurückgekehrt, um hier die deutschen Vorschläge für die weiteren Besprechungen im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen auszuarbeiten.

Es scheint, daß in der Schweiz ein gewisser Umschwung der Auffassungen eingetreten ist, insofern als die Wünsche der Industrie von entgegengegesetzten Wünschen der Schweizer Banken und des Fremdenverkehrsgewerbes zurückgedrängt werden.

Judenfeindliche Demonstrationen in Warschau

BRN, Warschau, 4. Nov. (Tel.) Die polnischen nationalistischen Studenten warfen gestern unter lauten Ruf nach dem Numerus clausus die jüdischen Schüler zum Hofsaal hinaus. Bei den Schlägereien gab es zahlreiche Verletzte. Die Studenten zogen in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen. Unter den Rufen: „Nieder mit den Juden“ und „Gut die Juden“, wurden jüdische Passanten mehrfach von den Studenten belästigt.

Dankfeiertag in den Vereinigten Staaten

BRN, Washington, 4. Nov. (Tel.) Präsident Hoover hat sich in einer Botschaft dafür eingelassen, daß der alljährliche Dankfeiertag, der in diesem Jahr am 23. November stattfindet, besonders feierlich auszufallen werde. In der Botschaft heißt es: Das amerikanische Volk hat allen Grund, dem Allmächtigen für seine gütige Führung zu danken. Wenn es von der Rettung von einem bestimmten Maß von Mißgeschick betroffen wurde, so sollte das dazu beitragen, das geistige Leben des Volkes zu vertiefen, sein Mitgefühl für die Nächsten neu zu beleben und zur Stärkung seines Mutes beizutragen.

Amerikanisch-englischer Zwischenfall

BRN, Boston, 3. Nov. (Reut.-Tel.) Ein amerikanisches Küstenwachtschiff hat das britische Küstenfahrzeug „Sophie E“ gestern abend gerammt und zum Sinken gebracht. Die Besatzung wurde gerettet. Der britische Kapitän erklärt, das amerikanische Schiff habe den Zusammenstoß außerhalb der Seemeilenzone absichtlich herbeigeführt.

Amerikanisches Marineflugzeug zerstört

BRN, Caberney (New Jersey), 4. Nov. (Tel.) Der leuchtbar hellfarbene Kiefernballon „A. 1“ der amerikanischen Marine, ist gestern abend teilweise zerstört worden, als man es in die Halle lancierte. Bei diesem Manöver warf ein Windstoß den Ballon gegen eine Stahldrahtbarriere, wobei die Hülle zerstört wurde. Glücklicherweise ist die fünf Mann starke Besatzung nicht an Bord gewesen.

Erdbeben in Japan

BRN, Tokio, 4. Nov. (Tel.) Im Nordosten Japans hat sich heute früh ein starkes Erdbeben ereignet, das beträchtlichen Sachschaden verursacht hat. Menschenleben sind bis jetzt nicht zu beklagen. Blättermeldungen aus Tokio zufolge, soll ein Teil einer kleinen Insel im Meer verschwunden sein.

Die beiden Häuser des englischen Parlaments sind Dienstag nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten. Zum Sprecher im Unterhaus wurde der Abg. Fisher gewählt. Die Arbeiterpartei sprach Henderson als Parteiführer ihr Vertrauen aus und wählte Landebury zum Fraktionsvorsitzenden.

Entlassung ungehorsamer britischer Matrosen. Wie die britische Admiralität mitteilt, sind 24 Mannschaftsmitglieder der atlantischen Flotte, die sich auch nach den Zwischenfällen in Invergordon Verhöre gegen die Disziplin aufschulden kommen ließen, entlassen worden.

Rücktritt der lettlandischen Regierung. Beim Zusammentritt des neuwählten Parlaments in Riga erklärte das Kabinett Ulmanis seinen Rücktritt.

Milchkrieg in Nordirland. Im Freistaat Ulster ist es zu einem Milchkrieg wegen des Milchpreises gekommen. Die Bauern haben über die Stadt Belfast die Milchperre verhängt und sind zur Offensive übergegangen. Sie hielten vor der Stadt die Milchfuhrwerke an, schütteten die Kannen aus und verpökelten die Straßen. Trotz dieser Maßnahmen ist aber genügend Milch aus Dublin und Schottland eingetroffen.

Die Versorgung mit Brotgetreide und Futtermitteln

Der Zufußbedarf Deutschlands

Berschiedentlich wurden in sensationeller Aufmachung über die Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide und Futtermitteln Angaben gemacht, die den Eindruck erwecken lassen, daß insbesondere die Versorgung mit Brotgetreide nicht gesichert sei.

Vom Reichsernährungsministerium wird darauf hingewiesen, daß die Versorgung Deutschlands mit Roggen aus eigenen Beständen ausreichend gesichert ist, so daß keinerlei Zufußbedarf an ausländischem Roggen vorliegt. Bei der Weizenversorgung differieren die in der Presse gemachten Angaben mit den Schätzungen des Reichsernährungsministeriums über die Höhe des Zufußbedarfes lediglich um 50 000 Tonnen. Die Differenz läßt sich dadurch erklären, daß es sich bei den Schätzungen lediglich um Vorschätzungen handelt, da der zukünftige Verbrauch nicht bis in die Einzelheiten zu übersehen ist. Von dem deutschen Zufußbedarf von insgesamt 500 000 Tonnen sind bereits 200 000 Tonnen durch die Einfuhr aus Amerika gedeckt. Die restlichen 300 000 Tonnen werden jederzeit auf dem Weltmarkt aufgenommen werden können. Hinsichtlich der Futtermittelversorgung treffen die in der Presse gemachten Schätzungen, die von einer Einfuhrmenge von drei Millionen Tonnen sprechen, nicht zu. Die notwendige Einfuhr an Futtermitteln beträgt lediglich eine Million Tonnen.

Die Löhne in den Reichsbetrieben

Dem Reichsarbeitsministerium ist eine Erklärung der am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften zugegangen, daß sie den kürzlich gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 2-6 Prof. vorsieht, ablehnen. Die Stellungnahme der Gewerkschaften wird damit begründet, daß der Schiedsspruch in der Praxis Lohnkürzungen bedeuten würde, die weitergehen, als es in der Rotverordnung vorgesehen sei. Während diese nämlich Kürzungen von höchstens 4 1/2 Prozent verlangen, würde der Schiedsspruch beispielsweise für die Reichsarbeiter in Berlin eine Verringerung der Löhne um 6 Proz. bedeuten.

Im Lohnstreit der Reichspost wurde am Dienstag durch die Schlichterkammer ein Schiedsspruch gefällt, durch welchen die Lohnsätze der über 24 Jahre alten Arbeiter um 2-4 Prof. gesenkt werden. Es werden rund 75 000 Arbeiter der Reichspostbetriebe betroffen.

Das Umzugsverbot in Preußen

Das Verbot aller Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel des preussischen Ministers trat Dienstag in Kraft. Das Verbot bezieht sich nicht auf gewöhnliche Leidenbegängnisse, auf die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, religiöse Prozessionen, Wittgänge und Wallfahrten, sowie auf die hergebrachten Leichenparaden der privilegierten Kriegervereine. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel können auf mindestens drei Tage vorher gegebene Anträge von den Regierungspräsidenten Ausnahmen zugelassen werden.

In einem Rundschreiben des preussischen Innenministers zu dieser Verordnung werden alle Polizeibehörden ersucht, für die nachdrückliche Durchführung des Verbotes und Bestrafung und Zuwiderhandlungen Sorge zu tragen. Soweit Ausnahmen zugelassen sind, haben die Landespolizeibehörden von dieser Ermächtigung nur nach genauer Prüfung der Umstände Gebrauch zu machen, wenn der Charakter der Veranstaltung eine sichere Gewähr für einen ruhigen Verlauf bietet.

Die kommunistischen Untriebe

Polizeiaktion gegen Königsberger Kommunisten

BRN, Königsberg, 4. Nov. (Tel.) Die Königsberger Polizei hat gestern in verschiedenen Stadtteilen eine große Aktion gegen den verbotenen Rotfrontkämpferbund unternommen, in deren Verlauf mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Verhafteten, die größtenteils Funktionäre der KPD sind, befindet sich auch der mutmaßliche Mörder des Nationalsozialisten Fischer, der in der Nacht vor Pfingsten in seinem Hause durch Dolchstiche tödlich verletzt wurde. Es scheint sich zu bestätigen, daß Fischer tatsächlich das Opfer politischer Verhöhnung geworden ist.

Ein ganzes Sprengstofflager gestohlen

In dem ehemaligen Seereschiffbauwerk in Cosel waren seit langem etwa 300 Kilo Sprengstoff und Schwarzpulver untergebracht, die dem Wasserbauamt für Eisbrechung zur Verfügung standen. Seit einiger Zeit trugen sich die Behörden mit dem Gedanken, den Sprengstoff aus dem auf freiem Feld stehenden Munitionsschuppen herauszuschaffen und an einer sicheren Stelle unterzubringen. Eine Kommission, die am Montag eine Nachprüfung der Bestände vornehmen wollte, mußte die überraschende Feststellung machen, daß die drei eisernen Türen des Schuppens erbrochen worden sind und das ganze Lager ausgeräumt worden ist. An einer der Türen stand mit Kreide geschrieben: „Deil Moskau!“

Aleine Chronik

Die berüchtigten Gebrüder Saff in Berlin wurden wegen Falschmünzerverdacht wieder festgenommen. Bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung wurden Rupen, Binzetten, chemisch-photographische Artikel und anderes mehr gefunden. Der Fund läßt darauf schließen, daß Vorbereitungen für die Herstellung von Banknoten getroffen waren. Erich und Franz Saff haben schon in früheren Jahren viel von sich reden gemacht. Ihre Namen wurden in Zusammenhang gebracht mit dem großen Bankendruck am 30. Januar 1929 am Wittenbergplatz.

Der Mädchenmord bei Lauban ist aufgeklärt. Ein gewisser Richard Neumann gestand, Gilda Schulze überfallen zu haben. Um ihre Gegenwehr zu brechen, schlug er sie nieder, stach mit einem Messer und schoß auf sie.

Der Kassenbote Heinrich Schüttler in Bad Segeberg, der von mehreren Banditen durch Revolverkugeln niedergestreckt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Er kam vor seinem Tode noch einmal zur Besinnung und konnte Angaben über die Täter machen.

Der Versicherungsdirektor Paul Rosenbergs ist in einem Breslauer Hotel vergiftet aufgefunden worden. Er sei, wie es heißt, aus dem Leben geschieden, um seine Verbindlichkeiten, die ungefähr 200 000 RM. betragen, durch die Versicherung, die den geschuldeten Betrag überstieg, decken zu können. Rosenbergs hatte früher die Bezirksdirektion der Neuen Frankfurter Versicherungsgesellschaft inne, später in Berlin, die Bezirksdirektion der Basler Gesellschaft, aus der er ebenfalls ausschied. Rosenbergs soll sich in Spekulationsgeschäften eingelassen haben, die fehlgeschlagen sind.

Bei dem Absturz eines Flugzeuges in Seattle (U.S.A.) wurden vier Männer und eine Frau getötet.

Badischer Teil

Der Stand der Saaten in Baden Anfang November 1931

Im abgelaufenen Monat Oktober war die Bitterung im allgemeinen nicht ungünstig. Die Herbstsaaten, hauptsächlich Winterroggen, konnten gut untergebracht werden und entwickelten sich kräftig. Im Hochschwarzwald sind die jungen Saaten mancherorts schon mit Schnee bedeckt; da und dort wird über Sträßen, Mäuse- und Schneckenfraß geklagt.

Sfinanzierung der 1931er Kernobsternte

Zur Ergänzung der Mitteilung in der „Karlsruher Zeitung“ vom 5. Oktober 1931 wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Mittel zur Verfügung gestellt hat zur Zinsverbilligung von Darlehen, welche die Obst verarbeitende Industrie zwecks Ankauf von Kernobst der diesjährigen Ernte aufgenommen hat. Die Anträge sind bis zum 10. November 1931 beim Ministerium des Innern einzureichen.

Dabei ist als Unterlage eine von dem geldgebenden Kreditinstitut zu unterschreibende Diskont- bzw. Zinsabrechnung beizufügen, aus der insbesondere die Höhe des Darlehens, der Zinssatz und die Zinslaufzeit zu ersehen sind. Ferner sind Schlußscheine über den Kaufvertrag vorzulegen und der Nachweis zu erbringen, daß mindestens 5 Waggons je 200 Zentner Kernobst aufgefahrt worden sind. Die Verbilligung ist auf 4 Prozent bemessen und wird auf die Dauer von 6 Monaten gewährt.

Ablehnung des Schiedsspruchs für die Gemeindearbeiter

Der Wirtschaftsbezirk Baden des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe hat auf seiner gestern in Karlsruhe abgehaltenen Bezirkskonferenz den Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 4 1/2 Proz. vorsieht, mit geringer Mehrheit abgelehnt.

Aus der badischen Industrie

Schiedsspruch in der Metallindustrie. In dem Lohnstreit der Metallindustrie Mannheim-Ludwigshafen wurde am Dienstag von einem vereinbarten Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Oberregierungsrats Hanswinkel in Karlsruhe ein Schiedsspruch gefällt, wonach sich die Zeitlöhne um 5 Prozent, die Akkordbasis um 6 Prozent senken. Die Laufdauer des Abkommens geht bis 28. Februar 1932. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 9. November.

Zur Verlegung der Kaiser-Fabrik. Eine kürzlich veröffentlichte Notiz über die Kaiser-Fabrik AG. in Kaiserslautern hat teilweise zu Missverständnissen geführt. Auf Befragen der Verwaltung der Grignier-Kaiser-AG. wird mitgeteilt, daß die Überleitung des Kaiserlauterner Betriebes nach ihrem Durchgang vollzogen ist. Die Fabrikation der Kaiser-Nähmaschinen- und -schräder, ist in Durlach in vollem Umfang aufgenommen worden, so daß auch der Verkauf jetzt von Durlach aus erfolgt. Das Verwaltungsbüro befindet sich seit dem 1. Oktober d. J. ebenfalls in Durlach.

Stillegung einer Zigarrenfabrik. Die Zigarrenfabrik Faust in Mühlental hat gestern sämtliche Arbeiter entlassen. Der Betrieb soll wegen Auftragsmangels in 14 Tagen stillgelegt werden.

Neues Industrieunternehmen in Weil a. Rh. Der Lörracher Bezirksrat hat jetzt die Genehmigung zur Errichtung bzw. Erweiterung einer Zellulose- und Scharfenfabrik in Weil a. Rh. erteilt. Der Gemeinderat von Weil hat Bedenken seinerseits nicht geltend gemacht, so daß die Inbetriebnahme des neuen Unternehmens auf dem Gelände der früheren Wollwerke in der nächsten Zeit erfolgen kann.

Weitere Entlassungen bei Stachle & Co. Die Seidenspinnerei Stachle & Co., Ergingen (Amt Waldshut), sieht sich im Hinblick auf die durch die Pfundkrise hervorgerufenen Absatzschwierigkeiten zu weiteren einschneidenden Betriebsbeschränkungen veranlaßt. 50 Arbeiterinnen kommen am heutigen Mittwoch zur Entlassung; die Arbeitszeit wird von vier auf drei Tage herabgesetzt und die Löhne werden durchschnittlich um 10 Prozent gekürzt. Die Maßnahmen wurden durch die Betriebsversammlung gebilligt. Die Firma hat einen Betrag von 6000 RM. an die Gemeindekasse bezahlt zur Unterstützung hilfsbedürftiger entlassener Arbeiter und weitere Unterstützung in Aussicht gestellt.

Das Badalwerk Kohlenstoff in Engen zeigt weiter einen recht guten Geschäftsgang. Arbeitstage von 10 bis 13 Stunden sind etwas Alltägliches. Die Nachfrage nach Badalshöcker ist ständig im Steigen begriffen, so daß die Produktion in nächster Zeit noch eine weitere Vergrößerung erfahren muß.

Die Wohlfahrtslasten badischer Gemeinden

Der Innenminister an den Reichsfinanzminister
Der badische Innenminister Maier hat sich in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister Dietrich gewandt, um finanzielle Hilfe für badische Gemeinden zu erlangen, eine Hilfe, die den Gemeinden die Wohlfahrtslasten erleichtern soll. Der Hilferuf des Innenministers ist von den in Karlsruhe wohnenden badischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten schriftlich beim Reichsfinanzminister unterstützt worden. Das Schreiben des Ministers schildert — dem „Volkstempel“ zufolge — die Notlage der badischen Gemeinden wie folgt:

„Nach dem vorzigen Rundschreiben vom 16. Oktober wird über die Verteilung des in Artikel 2 des IV. Kapitels der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 (RGBl. S. 537) vorgesehenen 80-Millionen-Fonds spätere Mitteilung vorbehalten. Ich darf hieran die dringende Bitte knüpfen, daß das Land Baden in Berücksichtigung der durch die bekannten Grenzlandverhältnisse geschaffenen besonderen Notlage in angemessener Weise an diesem Fonds beteiligt wird. Die Abwanderung eines großen Teiles der Industrie und der durch die neue Reichsgrenze bedingte Strukturwandel der badischen Wirtschaft hat die Leistungsfähigkeit zahlreicher Städte und Gemeinden des Landes erheblich gemindert und sie an der guten Konjunktur der vergangenen Jahre in ungleich geringerem Maße teilhaben lassen, als dies in anderen Teilen des Reiches der Fall war. Dagegen hat die rückläufige Konjunktur die badischen Kommunen um so früher und nachhaltiger betroffen.“

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich sowohl in der hohen Verschuldung, als auch in den Zahlen der Wohlfahrts-erwerbslosen, die sich um so drückender auswirken, als sie die badischen Gemeinden schon länger belasten als anderwärts. Über diese Notlage darf auch nicht der Abstand hinweggesehen, daß das Land Baden infolge seiner überwiegend landwirtschaftlichen Struktur eine geringere Durchschnittszahl an Wohlfahrts-erwerbslosen aufweist als der Reichsdurchschnitt. Durch die Verteilungen aus dem 150-Millionen-Fonds erfahren die stark belasteten Gemeinden nicht die mit Rücksicht auf ihre überaus ungünstige Finanzlage gebotene Erleichterung.

Dazu kommt noch, daß die zahlreichen, um die Verteilung dieses Fonds, weil hierbei von den Erwerbslosenzahlen der Bezirksfürsorgeverbände ausgegangen wird, nicht oder nur ganz ungenügend berücksichtigt werden, obwohl nach der badischen Regelung des Fürsorgewesens auf diesen Gemeinden die gesamte Wohlfahrts-erwerbslosenlast ruht. Die Zuweisung aus dem 150-Millionen-Fonds erreicht nicht den Betrag, der sich aus der Zuweisung aus dem früheren 60-Millionen-Fonds und dem hälftigen Gehaltsfünftelungsanteil des Landes ergeben hätte. Für die Gesamtheit der badischen Gemeinden und insbesondere für die kleineren industrialisierten Randgemeinden bedeutet daher die Neuregelung eine empfindliche Verschlechterung, obwohl inzwischen die Notlage dauernd gemindert ist. Da das Land zu einer finanziellen Hilfeleistung an seine notleidenden Gemeinden außerstande ist, sind diese Gemeinden auf eine angemessene Beteiligung an dem 80-Millionen-Fonds des Reiches dringend angewiesen.“

Aus den Parteien

Die Präsidiale der Wirtschaftspartei veröffentlichte eine Erklärung zu den Meldungen, wonach die Badische Bauern- und Wirtschaftspartei durch den Austritt einiger Bauernabgeordneter aufgelöst worden sei und dadurch die Badische Wirtschaftspartei aufgehört habe zu bestehen. Tatsächlich bestand die Fraktion der Badischen Bauern- und Wirtschaftspartei lediglich in einer losen Fraktionsgemeinschaft von Bauernabgeordneten und der drei Abgeordneten der Wirtschaftspartei. Die Lösung der Fraktionsgemeinschaft und der Austritt der Bauernabgeordneten habe daher mit der Badischen Wirtschaftspartei selbst nicht das Geringste zu tun. Die drei bisherigen Abgeordneten der Wirtschaftspartei seien nicht zu einer anderen Partei übertreten und gehören nach wie vor der Wirtschaftspartei an.

Aus der Landeshauptstadt

Die Bodenreuegulation im Südbund. Am Freitag, den 6. November 1931 wird — wie der Rheinisch-Westfälischer Konstant mittel — Oberbauamt Zug, Konstantz, um 18.40 Uhr im Süddeutschen Rundfunk über die „Bodenreuegulation“ sprechen.

Fahrerermäßigung für Kleingärtner. Die Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner wird auf Grund der bisherigen Vorsehung über den 31. Oktober hinaus bis auf weiteres gewährt. Entgegenstehende Tarifbestimmungen treten vorläufig außer Kraft.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Mittwoch morgen: Unser Gebiet gelangt immer mehr in den Bereich der nordwesteuropäischen Zyklone. Die subtro- pische Warmluft an ihrem Südostrande überflutet heute früh schon Frankreich und Nordwestdeutschland. Auch bei uns setzte gestern Erwärmung ein, die aber föhnigen Charakter hatte und durch das Absinken der Luft aus dem südeuropäischen Hochdruckgebiet bedingt war. Die Entwicklung der Wetterlage läßt nun den unmittelbar bevorstehenden Abschluß der bishe- rigen Trockenperiode und Umschlag zu Westwetter erwarten.
Vorauslage: Zeitweise mäßig, im Süden noch vielfach föhnig- heiter, sehr mild und starke, in der Höhe zum Teil förmliche Südwestwinde, Niederschläge vorerst höchstens im Norden des Landes.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 4. Nov. Gestern verstarb im Alter von 56 Jahren Stadtratsrat Johannes Gläcker, der im Jahre 1919 bei der Stadtverwaltung Mannheim eintrat und nach vorüber- gehender Beschäftigung beim Lebensmittelamt und beim Miet- einigungsamt seit etwa 10 Jahren beim Grundbuchamt tätig gewesen ist.

Hd. Schriesheim bei Heidelberg, 4. Nov. Über einen mis- sungenen Sprengstoffdiebstahl im Spatwert wird berichtet, daß als Täter zwei Burschen im Alter von 21 und 22 Jahren aus Mannheim in Frage kommen. Sie hatten gerade einen halben Zentner Sprengstoff, 1200 Sprengkapseln, Zünd- schnüre und Zündhütchen zum Abtransport bereitgestellt, als sie von dem Geschäftsführer des Werkes überrascht wurden. Die Burschen, die sich vor etwa 14 Tagen im Spatwert auf- gehalten hatten, flogen unter Zurücklassung des Sprengstoffs und eines Mantels auf einem Motorrad, konnten aber in Mannheim verhaftet werden.

D3. Rastatt, 3. Nov. Die am 3. November nach Arbeits- schluß beabsichtigte Funktionärversammlung und öffentliche Versammlung mit dem Thema „Streik in der Berga-Akkumu- latorenfabrik“ wurden vom Bezirksamt verboten. Es handelt sich nach der bezirksamtlichen Bekanntmachung um einen wilden Streik, der, wie sich aus den Versammlungsankündigun- gen ergibt, aus einer reinen Lohnbewegung zu einer politi- schen (kommunistischen) Demonstration werden soll. Vom Metallarbeiterverband wird der wilde Streik aufs schärfste mißbilligt.

Hd. Gernsbach, 4. Nov. Eine Verkehrsstörung gab es auf der Murgaltalbahn beim Tunneleneingang oberhalb der Tenet- Schlucht. Ein Wagen des Güterzuges entgleiste und der nächst- folgende Wagen schob sich auf den entgleisten Wagen hinauf. Erst nach Eintreffen des Hilfszuges konnten die Wagen wieder auf das Gleis gebracht werden. Der Personenverkehr mußte mehrere Stunden durch Pendelverkehr zwischen Forbach und Langenbrand aufrechterhalten werden.

Hd. Kehl, 2. Nov. Der Grenzverkehr an Allerheiligen hielt sich in diesem Jahre in mäßigen Grenzen. Von dem sonst üblichen Massenandrang bei der französischen Fahrgastab- stelle war diesmal nichts zu bemerken. Der Verkehr vom Elz nach Deutschland herüber war in diesem Jahre etwas stärker als sonst.

D3. Freiburg i. Br., 3. Nov. Der langjährige Vorsitzende des Sticlubs Schwarzwald, Apotheker Franz Keim, ist am Montag abend in seiner Wohnung in der Maximilianstraße so unglücklich die Treppe herabgestürzt, daß der Tod sofort eintrat. Apotheker Keim, der Dr. Schmieders Mineralwasser- fabrik sowie ein chemisch-technisches Laboratorium betrieb, hat sich um den Sticlub Schwarzwald große Verdienste erworben. Er war ein eifriger Förderer des Schneeschuhsports, der in ihm einen seiner besten Führer verliert. Apotheker Keim stand in den 50er Jahren.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	4. November		3. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.03	170.37	170.08	170.42
Kopenhagen 100 Kr.	90.91	91.09	90.91	91.09
Italien 100 L.	21.68	21.72	21.68	21.62
London 1 Pf.	15.78	15.82	15.88	15.62
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.58	16.62	16.57	16.61
Schweiz 100 Fr.	82.12	82.28	82.02	82.18
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Die mitteleuropäische Devisenkonferenz in Prag hat begon- nen. Außer den Vertretern der B.Z. nehmen an den Berate- rungen die Devisenfachverständigen der bulgarischen, der tsche- chischen, der jugoslawischen, der ungarischen, der deutschen (Re- gierungsrat Müller, Direktor Snaad und Direktionsrat West- terkamp), der polnischen, der österreichischen, der rumänischen und der griechischen Notenbanken teil.

Zuckerkrankte

Kein Hunger nötig. Größte Erfolge. Köstl. Ausf. u. Castaden- berlei: Ch. Meyer, Straßburg, Postfach 243, Kohl 268 (Bad.)



Badisches Landestheater

Donnerstag, 5. Nov. 1931
D 8 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1301—1400

Prinz Friedrich von Homburg

Schauspiel von Kleist
Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:
Vertram, Frauendorfer, Genter, Seiling, Paumbach, Ernst, Dahlen, Gemmecke, Herz, Böder, Kienischer, Kneble, Kuhne, Mehnert

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATTER
DOSENHEIM a. d. Elbe
Liefert aus Schmalz- u. Wollmarken
Kunststoffe
STRASSENBAU- MATERIAL

Jagdverpachtung

Die Gemeinde Gersbad, Amt Schopfheim, versteigert am Mittwoch, den 11. No- vember, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathaus wieder- holt die Ausübung der Gemeindefeldjagd mit einem Gesamtschadenmaß von 2308 ha auf jedes Jahre. L.528) Der Gemeinderat.

B. 351. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Schweizer, Möbel, Karls- ruhe-Mühlberg, Inhaber Emil Schweizer, Karlsruhe- Mühlberg, ist Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf: Mittwoch, den 30. Dezember 1931, nach-

mittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Ak- demiestr. 8, 1. Etod, Zim- mer Nr. 43. Der Vergleichs- vorschlag ist auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 30. Okto- ber 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

A. Ehresmann & Co., G.m.b.H., Schußmaschinen- Betriebsgesellschaft Karls- ruhe/Baden befindet sich in Liquidation. Gläubiger wollen sich bei dem Liqui- dator Hermann Scheid, Karlsruhe, Kaiserstr. 243, melden. L.527

Durlach. R.689 Güterrechtsregister. Ein- getragen am 30. Oktober 1931: Wöhlke Otto, Buch-

halter in Durlach und Jo- hanna geb. Mohr. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Ge- schäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, aus- geschlossen. Amtsgericht.

Karlsruhe. B.348 Güterrechtsregistereinträge. 1. Zu Band II, Seite 174: Oswald Maximilian, Satt- lermeister, Karlsruhe und Theresia geb. Müllst. Ver- trag vom 5. August 1931: Vorbehaltsgut der Frau. 2. Seite 175: Kammer- Eduard, Kaufmann, Karls- ruhe und Frieda geb. Kei- nert. Vertrag vom 23. Sep- tember 1931. Gütertren- nung. 29. X. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Formulare
G. Braun GmbH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14, Tel. 952/54

WINTER 1931 1932
wir wollen helfen!
GEBT BITTE ALLE ZUR WINTERNOTHILFE 1931/32

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 44

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 257

4. November 1931

Das war der Zwerg Perkeo ..

Hundert und Tausenden wird während der sommerlichen Führungen durch das Heidelberger Schloß der Zwerg Perkeo auf seinem Podest vor dem großen Faß gezeigt, und die Führer verfehlen nicht, darauf hinzuweisen, daß der trinkfeste Zwerg täglich etwa 18—20 Flaschen Wein den Hals gebrochen habe. Weiter erfahren die Besucher vielleicht noch, daß der Perkeo Hofnarr gewesen sei; damit ist's mit der Belehrung vorbei.

Auch uns, die wir mehr über das sonderbare Männlein am kurfürstlichen Hof wissen wollen, verrät die Geschichte nicht sehr viel. Der Erbauer des Mannheimer Schlosses, der Kurfürst Karl Philipp, der wegen Streitigkeiten mit der Heidelberger Bürgerschaft im Jahr 1720 von Heidelberg nach Mannheim zog und damit seine Drohung wahr machte, daß nach seinem Wegzug in den Straßen der Stadt Gras wachsen werde, brachte den Zwerg Perkeo aus Tirol mit. Dort hatte Karl Philipp vor 1706 bis 1716 die Stelle eines kaiserlichen Statthalters und obersten Vorstehers des Kriegswesens in Vorderösterreich inne gehabt. Als er nach seines Bruders Tode als Thronfolger die pfälzische Kurwürde erbe, eilte es ihm gar nicht sehr. Das schöne Innsbruck und Tirol gefielen ihm besser als das in Schutt und Trümmer liegende Heidelberg und die verarmte Pfalz. Endlich am 4. November 1718 zog er in der kurfürstlichen Residenzstadt ein und brachte den Bürgern auch gleich ein Geschenk aus Tirol mit in der Gestalt des Zwerges Clementel, der beim Einzug gar oft seine Nase zur Kutse herausstreckte.

Drunten in Tirol hatte der Fürst den Zwerg auf einer Meise irgendwo aufgelesen und zu seinem Hofnarren gemacht. Clementel hieß der Zwerg mit dem Vornamen, und die Pfälzer, die auch nicht auf den Kopf gefallen sind und mit heißendem Witz und Satire aufwarten können, fanden in des „Kurfürsten Clementel“ einen solennen Späzmacher, der aber ihre derben Pfälzer Sprüche mit scharfen Hieben parierte. Auch am Hofe brauchte er seinem Mundwerk keinen Zaum anzulegen, und die 58 Hofoffizianten, 80 Kammerherren, 22 Kammerdiener und ein noch größerer Stab anderer Nichtstuer mögen gar oft die bissige Raue des Spottes zu hören bekommen haben.

Warum bekam aber der Tiroler Knochentier — ein solcher war Clementel in seiner Heimat gewesen —

den Namen Perkeo?

Vielleicht von dem südtirolerischen „perchè“ (= warum?) oder „perchè no“ (= warum nicht?), welcher Frage der witzige Zwerg des Tags wohl hundertmal wiederholte, eine Frage, die ja dem dummen sich stellenden Narren nicht unangemessen ist. Dieses perchè no hingen ihm die Hofschranzen als Weinamen an, woraus wohl von entfernt stehenden das „Perkeo“ geprägt wurde. Die Bestätigung hierfür ist nirgends vorhanden; aber diese sprachliche Ableitung dürfte das Richtige treffen.

Warum finden wir den Perkeo gerade am großen Faß des Heidelberger Schlosses bereivigt? In der höfischen Tracht des 18. Jahrhunderts steht er da, das gefüllte Glas zum Munde führend,

an Wuchse klein und winzig,
an Durste riesengroß.

Ob er diesen Durst von seiner Heimat, dem weniggegneten Tirol, mitgebracht hat oder ob er erst auf dem Heidelberger Schloße, wo das Trinken unter den Schloßherren Tradition war, den vollen Becher leeren lernte, wissen wir nicht. Die großen Weinkeller unter den zerstörten Gebäuden des Schlosses erhielten öfter seinen Besuch. Da lag das „große Faß“ des Kurfürsten Karl Ludwig aus dem Jahre 1664, wohl bei dem Brande des Schlosses auch arg mitgenommen. Als nun Clementel seinen Herrn einmal bei guter Laune fand, gewann er ihm das Versprechen ab, dieses Faß wieder herrichten zu lassen. Daraufhin wurde Perkeo zum Kammerherren des Königs aller Kaiser ernannt, und der berühmte Hofmaler Adriaen van der Werff (oder dessen Schüler van der Schlichten) mußte diesen neuen König porträtieren. Der Hintergrund des Bildes zeigt das Schwetzingen Schloß, wohin ja der Kurfürst nach dem Streit mit den Heidelberger Bürgern zunächst gezogen war. Perkeo trägt ein prächtiges Staatskleid; ein großer Orden zielt die Brust, und ein riesenhafter Kellerschlüssel baumelt anstatt des Degens an der Seite. Sein Haupt schmückt eine mächtige Perücke.

Vielleicht hat aber erst unsere Zeit dem Perkeo zu seiner Popularität verholfen; denn der Chronist berichtet uns so gut wie gar nichts von ihm. Wir wissen nicht, ob Clementel nach der Übersiedlung des Hofes nach Schwetzingen noch als Späzmacher dort weitere Anstellung gefunden hat und ob er seinem Herrn bis in dessen hohes Alter von 81 Jahren treu dienen durfte. Durch Viktor von Scheffel gewann die halb sagenhafte Gestalt des Perkeo Leben, und die Welt nahm gerne die Figur in Kauf, als die Scheffelschen Nicker ihren Siegeszug in feuchtfröhliche Kreise nahmen. Als dann gleichzeitig der immer stärker werdende Reiseverkehr einsetzte und das Heidelberger Schloß das Ziel vieler Tausende von Wande-

ren wurde, da ward die Figur des Clementel drunten vor dem großen Faße der Vergessenheit entrissen. Kein Mensch fragte, ob diese elende Schnigarbeit auch wirklich das Abbild des die Keller revidierenden Faßkönigs war, dessen witzige Laune die Lacher der Hofgesellschaft in Atem hielt. Denn Geist und Witz mußte ein Hofnarr besitzen, sonst ward er seines Amtes entsetzt. Gar oft enthielten ja die Aussprüche dieser fürstlichen Begleiter die größten Wahrheiten, nach denen sich der Herr manchmal richtete.

Doch kurz und gut: Die Gestalt des Zwerges begnügt sich seit Jahrhunderten das leere Faß zu ihren Füßen. Wer die Geschichte des Perkeo nicht kennt, bestaunt den Clementel ob seiner ungeheueren Trinkfestigkeit. Die anderen, die in frohem Zecherkreise beim Klang Scheffelscher Nicker dem Gotte Bacchus huldigten, sehen in ihm den schalkhaften Narren, dessen Anblick den Dichter zu seinen mannigfachen Sängen erheiterte. Zuletzt hilft die Figur des sogenunntobenen Zwerges die Poesie des tiefen Schloßkellers vermehren, und bei den großen Kellertreffen ist der Augenblick allemal herrlichen Jubel aus, wenn ein mit Humor und Witz begabter Abgesandter in der Tracht und Kleidung des Perkeo, das gefüllte große Glas in der Hand, den Kongreßteilnehmern aus der ganzen Welt den Willkommgruß entbietet.

B. Sigmund.

Das Rathaus von Grünsfeld

Das badische Frankenland birgt in seinen Kunsthau-denmälern aus der Renaissance- und Barockzeit viele wertvolle Kirchen und alte Patrizierhäuser; aber selten trifft man solch ein ehrwürdiges Rathaus im Renaissancestil wie gerade das alte Rathaus der kleinen Stadtgemeinde Grünsfeld.

Lange Jahrzehnte hat sich die Gemeindeverwaltung nicht entschließen können, dieses Kleinod aus der geschichtlich hochbedeutenden Zeit nach dem Bauernkrieg zu renovieren, bis man vor einigen Jahren die Mittel aufbrachte, dieses wunderschöne Profangebäude der Stadt und der ganzen Umgebung durch umfassende Renovierungsarbeiten unserer Heimat, unserer Nachwelt zu erhalten.

Dieser Renaissancebau ist mit der Geschichte des Städtchens, heute zählt es noch 1550 Seelen, eng verknüpft. „Gruonfeld“, wie es in den Fuldaer Schenkungsverzeichnissen genannt wird, war anfänglich ein Bestandteil der Herrschaft derer von Zimmern und kam nach dem Aussterben des Geschlechtes im 13. Jahrhundert an die Grafen von Hined, einem Geschlecht, das uns bei verschiedenen Burg- und Schloßchroniken des Frankenlandes immer wieder begegnet. Zu verschiedenen Malen wurde die Herrschaft Grünsfeld verpfändet, sogar einmal an den Markgrafen von Brandenburg und am schließlich als Heiratsgut an die Landgrafen von Leuchtenberg, welche im Dreißigjährigen Krieg ausstarben und die Herrschaft fiel der allgewaltigen Bischofsstadt Würzburg zu. Nicht von großer Bedeutung ist die „Verpfändung“ der Herrschaft 1631 durch die Schweden. Unter dem Krummstab entwickelte sich die Herrschaft Grünsfeld zum Amte Grünsfeld, dem damals eine Reihe Gemeinden und Höfe zu eigen waren. 1803 wurde es leiniglich und 1806 kam es unter badische Oberhoheit.

Ein Umstand kam dieser fränkischen Gemeinde sehr zu statten, als sie 1320 die Stadtrechte, eigenes Stadgericht, Wochenmärkte, später 1369 eigenes Maß, sogar 1384 eine eigene Währung erhielt. Im Bauernkrieg 1525 machten die Bürger der Stadt Grünsfeld mit den aufständischen Bauern gemeinsame Sache, nachdem im Frühjahr dieses unheilvollen Jahres eine Bauernschar aus dem Taubergrund das Schloß Grünsfeld erobert und geplündert hatte. Doch die aufständischen Bürger mußten ihren allzugroßen Freiheitsdrang mit dem Leben bezahlen. 1571 war das schlimme Hungerjahr, wo mancher Bauer einen Acker für wenig Brotgetreide hergab. Um das Hungergespent aus der Stadt zu bannen, kauften die Bürger für schweres Geld in der Wetterau Brot- und Saatgetreide ein. Und 1579 ist der Rathausbau vollendet worden. Trotz trüber Zeit und Geldnot haben die damaligen Einwohner Grünsfeld einen herrlichen Bau geschaffen, welcher mit viel Liebe und Kunstsinne erstellt wurde.

Das massive Erdgeschoß, aus heimatischem Baumaterial errichtet, bildete ursprünglich eine einzige, große Verkehrs- und Verkaufshalle, wie man sie noch bei andern Rat- und Kaufhäusern aus jener Zeit vorfindet. Eine Tafel mit der Jahreszahl 1579 zeigt die Namen der Erbauer:

HANS · MITTNACHT + HANS · HERTIG
BEDE · DER · ZEJT · BURGER · MAISTER

Im Dreißigjährigen Krieg wurde diese Halle sicher von den kaiserlichen und schwedischen Soldaten zu Einquartierungszwecken benutzt und in dieser Zeit erlitt wohl das Erdgeschoß bauliche Umänderungen durch Anbringen der beiden störenden Eingänge mit der Treppe. Wunder schön ist der Aufgang zum Obergeschoß

durch einen Treppenturm gelöst. Dieses Obergeschoß mit seinen Fachwerken und der reichgezierten Brüstung, welche das Stadtwappen, Bilder, Figuren, mehrfach gekreuzte und verschlungene Hochstreben als Füllungsmotive enthält, wirkt besonders schön durch seinen großen, mächtigen Giebel. Nicht unerwähnt soll das städtische Archiv bleiben, das im Obergeschoß des Rathauses untergebracht ist, welches eine Reihe alter, wertvoller Dokumente enthält. Wie durch ein Wunder ist dieser Bau in dem Unglücksjahr 1632 stehen geblieben, als die Schweden einen großen Teil der Stadt in Schutt und Asche legten. Desgleichen wurde das Gebäude in dem großen Brandunglück 1787 verschont.

Große Geldopfer hat die jetzige Gemeinde schon gebracht, um dieses althistorische Rathaus, das die Zeit Deutschlands größter Zerrissenheit, den 30jährigen Krieg sah, vor dem gänzlichen Zerfall zu behüten. Und jeder Kunstfreund und heimatliebende Mensch wird seiner Freude an diesem renovierten Renaissance-Bauwerk haben, wenn ihn einmal eine Wanderung ins badische Frankenland führen sollte.

H. Pfäffter.

Schöpferische Kopien

Ausstellung der Städtischen Kunsthalle Mannheim
11. Oktober bis 6. Dezember

Mit dem Begriff der Kopie verbindet sich häufig das Gefühl der Muffigkeit, Dumpfheit, werden wir an jene Klasse von Malern und Malerinnen erinnert, deren Bemühungen in den Galerien uns den Blick auf die Originale erparen. Fast will es auch scheinen, daß mit der Hervorkommung der Reproduktionstechnik, die die Originale bis auf den kleinsten Pinselfrich genau wiedergibt (Piperdrucke), die handgemalte Kopie überhaupt überflüssig geworden sei.

Diese am Sonntag eröffnete Ausstellung, die zunächst nur Gemälde umfaßt — eine zweite Schau unter dem Titel: „Wie der Künstler die Kunst sieht!“, die Aquatelle, Zeichnungen, Graphik zeigt, soll folgen —, will nun nicht gerade eine Ehrenrettung der alten Kopie heraufbeschwören, aber sie stellt eben die Fragen über Kopie, mechanische Wiedergabe usw. erneut zur Diskussion, wobei sie diejenigen Werke besonders anspricht, die mit den heutigen Mitteln den heutigen Erscheinungsbefund eines Kunstwerks in mehr oder minder routinierter Manier wiedergeben sucht.

Dr. Hartlaub, der Leiter der Kunsthalle und dieser Ausstellung, erkennt schöpferische Leistungen in den „Meistertypen“, die „durch einführende Vertiefung in die Entstehungsbedingungen eines Kunstwerks dessen ursprünglichen Zustand möglichst in der alten oder einer ihr doch wahrhaft entsprechenden Maltechnik wiederherzustellen trachten“. Oder in folgendem: „Was durch einen Akt bewußter Auslese dasjenige hervorhebt, was dem kopierenden Künstler nach seiner besonderen Wesensrichtung an seinem Vorbild wichtig geworden ist.“ Es ergibt sich also „eine vorzügliche Subjektivität einer möglichst getreu sein wollenden Interpretation und eine ganz frei auslegende, weglassende, betonende, ja umformende Überetzung, mit all ihren Zwischenstufen“.

Die Ausstellung zeigt interessante Grenzfälle und ihre Übergänge, betont aber bewußt diejenigen Kopien, die weniger bestellte Arbeiten darstellen, als solche, die dem Künstler für seinen eigenen geistigen Gebrauch, für sein Studium an vergangener Kunst wichtig sind. Es entsteht so aus Einfühlung und Entwicklung eine geistige Rückverbindung des Malens, ein **Bekenntnis zur Tradition**, deren Abgrenzung lückenlos aufzudecken eine ideale Ausstellungsaufgabe wäre, die aber hier und heute, namentlich unter Berücksichtigung der inneren und äußeren Hemmungen, nicht zu lösen war.

Zimmerhin bietet auch diese Schau schon des Interessanten genug, weil neben den Meistern der alten Kunstgeschichte, den deutschen Meistern des Barocklebens — Remling, Cranach, Grunewald und Holbein, den Holländern Rubens, Rembrandt, Vol, Breughel, Franz Hals, den Spaniern Velasquez, Ribera, Greco und Goya, den Italienern Michelangelo, Raffael, Tizian, Pintoretto, Baronesse bis zu den modernen Franzosen Manet, Degas und van Gogh als Anregung die heutigen Namen eines Feuerbach, Lenbach, L. von Hofmann, Leibl, G. von Gebhardt, eines Corinck, Liebermann als Kopisten erscheinen. Erfreulicherweise sind auch zahlreiche badische Künstler mit wertvollen Arbeiten vertreten: Karl Albitzer, Hauelsen, Rieger, Nothar, Breihut, Stöhner, Adelheid Furtwängler, Gertrud Stöhner-Prinz. Besonders zu erwähnen sind die Franzosen, die mit Persönlichkeiten wie Chaffarian, Delacroix, Gericault aufwarten. Etwa 50 Maler mit etwa 125 Arbeiten sind unter diesem Thema vereinigt, wobei leider nur in einem einzigen, allerdings besonders bemerkenswerten Beispiel: Ribera-Gericault, Original und Kopie zum Vergleiche anliegen, während im übrigen, in Glaskästen untergebrachte photographische Abbildungen die Originale ersetzen müssen. Für den Laien ist hier das Studium nicht leicht, wodurch eigentlich das innere Motiv der Ausstellung nicht ohne weiteres erkennbar ist. Von Interesse wäre auch gewesen, bei dem einen oder anderen Kopisten ein eigenes Werk hinzuzufügen, um so die gewissermaßen gleichbleibende künstlerische Handschrift feststellen zu können. Doch freuen wir uns des Gebotenen, das viel Eigenartiges in sich birgt und Kunstfreund wie Künstler lebhaft fesseln dürfte.

A. Lehmann.

Druck G. Braun, Karlsruhe.